

Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarischer Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 22. Juni 1932 Nummer 144

Die Antwort der SPD auf den antifaschistischen Massenkampf des Proletariats

KPD-Führer in Einheitsfront mit den Faschisten in Preußen und im Reich

Hohnvolle Antwort des Zentralorgans der KPD auf unseren Vorschlag zur Wahl des preußischen Landtagspräsidiums
Die Antifaschistische Aktion wird die sozialdemokratischen Wahlmanöver zerstören!

Das Zentralkomitee der KPD, der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, hat gestern in einer Kundgebung zum Massenkampf gegen die Papennoi verordnungen, für die Freiheit der Arbeiterschaft aufgetreten. In Verbindung damit erklärte die Kommunistische Partei zur Verhinderung des antifaschistischen Kampfes gemeinsam mit der SPD und dem Zentrum die Wahl von Nazis und Deutschnationalen in das Landtagspräsidium in Preußen zu verhindern, wenn SPD und Zentrum für folgende Forderungen stimmen:

1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen.
2. Niedrigdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung in Preußen.

Dazu heißt es wörtlich in dem Aufruf des Zentralkomitees unserer Partei:

„Wenn die Sozialdemokratie und das Zentrum diese beiden minimalen Forderungen, die die Kommunisten im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und aller Werkstätigen und im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus aufstellen, erwarten, ist die KPD bereit, für ein unter Ausschluß der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gebildetes Landtagspräsidium aus Vertretern der SPD und des Zentrums zu stimmen und auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten. Von der SPD und dem Zentrum hängt es ab, durch die Annahme der beiden Forderungen der KPD die Wahl eines Landtagspräsidiums ohne Nazis und ohne Deutschnationale zu ermöglichen.“

Seite liegt bereits die Antwort der Sozialdemokratie auf den antifaschistischen Massenkampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse bedeutsamen Vorschlag der KPD vor. Die KPD, die die SPD gestern in der Abendausgabe des Vorwärts veröffentlich, wird jedenfalls heute auch in der Volksstimme zum Abdruck kommen. Zwischen wird noch bekannt, daß SPD und Zentrum bereits gemeinsam vereinbart haben, die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten bis nach der Reichstagswahl zu verschieben und Hitler hat sich zu einer Koalition mit dem Zentrum bereit erklärt, wenn die Nazis das Ministerpräsidenten und den Justizminister erhalten und das Zentrum im übrigen bereit erklärt, alle Angriffe auf die Papenregierung zu unterlassen und sich ihr gegenüber neutral zu verhalten.

Der Regierungschef ist also in vollem Gang. Die Herrschenden wollen die Entscheidung nur bis nach den Reichstagswahlen hinausschieben, um ihre Karriere nicht vor den Augen der Nazis und Zentrumswähler aufzudecken zu müssen. Ihr Hauptziel ist dabei wieder die KPD-Führerschaft, die trotz verdeckter Oppositionstellung der Nazi-Zentrum-Koalition lieber mit den Nazis bereit, was die hohnvolle Antwort des Vorwärts auf die antifaschistische Kundgebung der KPD erneut unter Beweis stellt.

Angesichts der KPD-Führerschaft antwortet das Zentralkomitee auf unsere Aufforderung zur Wahl des Präsidiums im ersten Anlauf. Es ist ein zorniges Verbot, weiterer Versuch der Kommunistischen Partei. „Plumose Vorwürfe“ - „Rechtskampf“ - „Schwindel- und Täuschungsmanöver“ - kommt das Blatt, das vorgibt, das Kampfbannner gegen den Faschismus zu erheben, unjeren Vorschlag, keinen Aufschub des Landtagspräsidiums zu lassen, den Arbeitern in Preußen die Demonstrationssfreiheit zu geben, die Mängelklage der Papen-Notverordnung abzuweichen durch den außerparlamentarischen Kampf.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich der Reichskämpfen informieren, die auf uns Kommunisten niedergeschlagen, wenn das Banner der KPD erhoben und gegenüber den bürgerlichen Kandidaten den Kandidaten der KPD aufstellen. „Steigende Aschalter des Hitlerfascismus“, „Bündnisgenosse der Reaktion“. Das ist die Seite der Verleumdungen noch und noch.

„Unausführbar aus rechtlichen Gründen“ ist es für den „Vorwärts“, wenn die Arbeiter dem Kabinett der Schlossboten und des Hafentreuern den Kampf anlegen, nicht dulden, daß die Erwerbslosen verhungern, daß den Kriegstruppen die letzten Plätze gebaut werden, daß zum trockenen Brotkübel das Salz verneuert wird. Über „rechtlich haltbar“ ist es für die KPD-Führer, wenn von Papen die Nazisbandsen marschieren läßt, wenn das Parlament aussenmontiertgezeigt wird und die tollsten Notverordnungen erlassen werden. Wir pfeifen auf dieses „rechtlich haltbare“. Wir kennen nur ein Recht: Das Recht der Arbeiter nach Arbeit und Staat und Freiheit! Ober glauben die KPD-Führer im Ernst, einen Reichskommissar für Preußen zu bestimmen, wenn die Arbeiter den Freiheitern und Generalen des Papenstaates die Stiefel lecken? Umgekehrt: Es offenbar, das Brotelikat, je modischer sein Auftreten, je führer sein Knast und der Reichskommissar des Herrn Papen würde sich sinnerlos baukosten als die Gunstregierung im Jahre 1923.

Der „Vorwärts“ entzieht sich darüber, wenn das Zentralkomitee unserer Partei am Schlüsse seiner Kundgebung ausdrücklich erklärt:

„Die Kommunisten densen nicht daran, ihren Kampf gegen Seiner-Regierung auch nur im mindesten abzufeuern. So die KPD und das Zentrum, ihrer Kampf gegen die Braun-Partei für die Kommunisten keinen „Burglieben“ mit Ver-stand und Freiheit der Arbeiterschaft.“

Die KPD-Führer lehnen es ab, gegen den Lohnraub bei Unternehmen, gegen den neuen notwendigen Unterstützungsabzug das Banner der Aktion, des Einzel- und Massenstreiks zu erheben. Überall, wo es gilt, dem Reise in der Tat entsprochen, überall, wo wir den KPD-Führern den Weg zeigen, den Kampfmittel der Arbeiter in ein parlamentarisches Oppo-sitionsmäuer, in eine Monarchie der sozialdemokratischen Führer umzuwandeln, überall da entzünden die leichten sich als Sabotage des außerparlamentarischen Massenkampfes, der proletarischen Einheit.

Die Antwort der sozialdemokratischen und partizipativen Arbeiter wird anders sein. Sie wollen nicht länger hungrigen, wollen sich nicht überfordern lassen von den Reichsministern nebenan, müssen lernen und werden beständig in steigendem Maße erkennen, wie recht das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat, wenn es in seiner Kundgebung erklärt:

Nur die Massen selber können im außer-parlamentarischen Kampf, in den Massenaktionen und Streiks diese Forderungen erkämpfen!

Auf Sozialisten dürfen Demonstrieren

Berlin, 22. Juni. (Eig. Druckschrift.)

Sovering gibt den Sozialisten die Strafe frei! Im Hauptsaal des Preußischen Landtages erklärte gestern der preußische Minister des Innern - Sovering - , daß die von der Kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Lustgartens am Sonntag für die antifaschistische Demonstration abgelehnt wurde.

Zwischen erklärte er auf eine Anfrage der Vertreter der Sozialisten, daß der Lustgarten zu den nationalen Demonstrationen am 26. Juni für die deutsche Stahlhelmkameradschaft - „Die bunte Reichsfahrt“ und den laboreublitzigen Heimatverbands freigegeben werde. Es handelt sich bei diesen Organisationen um ausgesprochene faschistische Verbände.

Das ist die Antwort Sovring's, die Antwort der sozialdemokratischen Führer auf die Aufforderung der KPD nach einem gemeinsamen antifaschistischen Auftreten der sozialdemokratischen, kommunistischen und dritteligen Arbeiter. Sie haben die Absicht, die protestante Aktion zu verstören, werben aber an der mächtigen Antifaschistischen Aktion ebenso verbrechen wie die Hitler-Führer.

Antifaschisten demonstrieren in Massen:

Freitag in 6 Versammlungen gegen Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub!
Sonntag vorm. 10 Uhr, Holbeinplatz, Aufmarsch gegen faschistische Diktatur!
Alle Werkstätigen geben zur Sammlung für den Antifaschistischen Kampfonds!

